



Rhein – Neckar – Verkehr GmbH

Baustellenordnung

(Version 3.0)

Änderungsverwaltung

Art der Änderung	Datum	Unterschrift
Bei in Kraft gesetzt durch „Fachkraft für Arbeitssicherheit“ geändert in gesehen	25.09.2019	
Anlage 3 neu hinzugefügt	26.03.2021	
Anlage 3 entfernt (Corona)	08.08.2023	

INHALTSVERZEICHNIS	SEITE
Baustellenordnung der rnv	3
1 Geltungsbereich.....	3
2 Allgemeine Festlegungen	5
2.1 Ausführung der vertraglichen Leistung.....	5
2.2 Abstimmung mit den am Bau Beteiligten	5
2.3 Vermeidung von Gefährdungen.....	5
2.4 Haftung.....	6
2.5 Änderungen	6
3 Verantwortlichkeiten.....	6
3.1 Unterweisung und Einweisung der Fachbauleiter / Bauüberwachung	6
3.2 Einweisung der jeweiligen Auftragnehmer	6
3.3 Überwachung der Einhaltung der Baustellenordnung.....	6
3.4 Arbeitsanweisungen	7
3.5 Verhalten bei Unfällen	7
4 Lage der Baustelle.....	8
5 Baustelleneinrichtung und -sicherung.....	8
6 Sauberkeit und Hygiene	8
7 Alkohol- und Drogenmissbrauch	9
8 Verkehrsführung und -sicherung	10
9 Arbeitsvorbereitung bei Bagger- und Grabarbeiten.....	10
10 Kampfmittel.....	10
11 Umweltschutz.....	10
11.1 Abfall	10
11.2 Abfall	11
11.3 Wasser / Abwasser	11
11.4 Vermeidung von Emissionen	11
12 Arbeiten mit gefährlichen Stoffen.....	11
13 Elektrische Anlagen.....	12
14 Sonstiges	12
ANLAGE 1 Benennung der beteiligten und verantwortlichen Personen	14
ANLAGE 2 Arbeiten im Gleisbereich.....	16
1 Vorwort.....	16
1 Allgemeines	16

Baustellenordnung der rnv

O331 Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim

1 Geltungsbereich

Die vorliegende Baustellenordnung gilt im Bereich des Projektes

O 331: Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim

und regelt sämtliche Vorgänge und Arbeitsabläufe auf der Baustelle der rnv, um einen reibungslosen Baustellenbetrieb zu ermöglichen. Sie unterliegt dem Geltungsbereich der Baustellenverordnung in der Fassung vom 01.07.1998 und Aktualisierung vom 23.12.2004.

Sie gilt für oben genannte Baumaßnahmen der rnv

im Zeitraum

vom: 01.09.2025

bis zum Ende der Baumaßnahme einschließlich des Probetriebes voraussichtlich am 30.09.2025.

Sie gilt für alle Beschäftigten der Projektbeteiligten:

des Bauherren Rhein – Neckar – Verkehr GmbH (rnv)

des Beauftragten der rnv
Betreiber

der Planungsbüros

Emch+Berger
Lorenzstraße 34
76135, Karlsruhe

der Bauoberleitung

Ingenieurbüro
Straße
PLZ, Stadt

der örtlichen Bauüberwachung

Ingenieurbüro
Straße
PLZ, Stadt

der Projektleiter rnv IS3
(Überwachung im Auftrag der rnv)

Name / Abteilung
Straße
PLZ, Stadt

der Firma für die Bauausführung

Firma
Straße
PLZ, Stadt

und den Nachunternehmern und den Lieferanten der bauausführenden Firmen.

Benennung der Beteiligten und verantwortlichen Personen siehe **ANLAGE 1**.

ENTWURF

2 Allgemeine Festlegungen

2.1 Ausführung der vertraglichen Leistung

Der Auftragnehmer führt die Leistungen in eigener Verantwortung nach dem Vertrag unter Beachtung der anerkannten Regeln der Technik, den gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen aus und beachtet die Rechtsvorschriften zum Arbeitsschutz insbesondere die allgemeinen Grundsätze nach Arbeitsschutzgesetz, Betriebssicherheitsverordnung sowie die Anforderungen der Baustellenverordnung und die Baustellenordnung der rnv.

Der Auftragnehmer ist verantwortlich für die Einhaltung aller geltenden gesetzlichen Normen und technischen Regeln.

2.2 Abstimmung mit den am Bau Beteiligten

Die Bauarbeiten finden in enger Abstimmung mit allen Projektbeteiligten in den turnusmäßig durchzuführenden Baubesprechungen statt. Sämtliche Festlegungen zum Bauablauf erfolgen unter Beteiligung des zuständigen Baubeauftragten der rnv und der Projektleitung / Bauoberleitung.

2.3 Vermeidung von Gefährdungen

Alle Beteiligten haben ihre Arbeiten so zu gestalten, dass eine Gefährdung für Leben und Gesundheit, auch die von Mitarbeitern anderer Beteiligter, möglichst vermieden und das verbleibende Restrisiko minimiert wird. Hierzu ist ein Sicherheitskoordinator zu bestimmen. Basis für die Erfüllung der gesetzlichen Arbeitsschutzanforderungen sind die branchenspezifischen Schutzmaßnahmen der am Bau beteiligten Auftragnehmer und die bauprojektbezogenen Schutzmaßnahmen des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplans (SiGe- Plans), welcher im Rahmen des Bauvorhabens von dem Sicherheitskoordinator erstellt wird.

In Verbindung mit den Anforderungen des SiGe- Plans ist es erforderlich, dass die am Bauvorhaben beteiligten Unternehmer (Auftragnehmer) dem Bauherrn (Auftraggeber) zum Nachweis der Erfüllung der gesetzlichen Organisationsverpflichtung zum Arbeitsschutz die nach Arbeitsschutzgesetz und Betriebssicherheitsverordnung geforderte betriebliche Gefährdungsbeurteilung vor Baubeginn vorlegen.

Die Beteiligten verpflichten sich zur Vermeidung von Arbeitsunfällen und sonstigen Personen- oder Sachschäden die

- Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften
- Baustellenordnung der rnv
- Auflagen zum Umweltschutz
- Vorschriften der Arbeitszeitgesetzgebung
- Gesetzlichen Arbeitsschutzbestimmungen, insbesondere Arbeitsschutzgesetz- und Betriebssicherheitsverordnung (Gefährdungsbeurteilung)
- Vorschriften der Sozialversicherungen
- Schutzmaßnahmen des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes

bei der Organisationsverpflichtung für den betrieblichen und baustellenbezogenen Arbeitsschutz einzuhalten.

Darüber hinaus sind die

- Bestimmungen der rnv zum Schutz elektrischer rnv- Bahnanlagen bei Bauarbeiten sowie beim Bewegen von Fahrzeugen mit Überhöhen im Bahnbereich.
- Grundsätzliche Bestimmungen der rnv für die Ausführung von Aufgrabungen im Bereich der rnv-Bahnanlagen
- Sicherungsanweisungen des Bahnbetreibers zu Arbeiten im Bereich von Gleisen sind zwingend einzuhalten. (**ANLAGE 2**, Arbeiten im Gleisbereich)

2.4 Haftung

Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden, die aus der Nichteinhaltung dieser Vorschriften entstehen.

2.5 Änderungen

Der Auftraggeber behält sich vor, die Baustellenordnung zu ändern oder zu ergänzen.

3 Verantwortlichkeiten

3.1 Unterweisung und Einweisung der Fachbauleiter / Bauüberwachung

Die Unterweisung und Einweisung der Fachbauleiter/Bauüberwachung erfolgt durch den Si Ge-Koordinator oder die Bauoberleitung oder dem Projektleiter der rnv. Die Einweisung wird mit Unterschrift der Belehrten bestätigt und in der Bauakte hinterlegt.

Die Unterweisung und Einweisung wird durch **Herr / Frau** durchgeführt und dokumentiert.

Mit erfolgter Unterweisung und Einweisung geht die Teilverantwortung für die einzelnen Gewerke auf den jeweiligen Fachbauleiter/ Bauüberwacher über.

3.2 Einweisung der jeweiligen Auftragnehmer

Die Fachbauleiter der jeweiligen Auftragnehmer werden vor Baubeginn durch den Projektleiter der rnv, dem SiGe-Koordinator oder der Bauoberleitung auf die Baustellenordnung hingewiesen und belehrt.

Die Fachbauleiter der jeweiligen Auftragnehmer haben den Inhalt der Baustellenordnung einschließlich der ggf. angeordneten Ergänzungen oder Änderungen ihrem Personal umgehend bekannt zu machen. Sie bleiben für ihre Tätigkeitsbereiche und ihre Beschäftigten für die Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften voll verantwortlich.

Insbesondere hat der Auftragnehmer die Arbeitsschutzmaßnahmen des SiGe- Planes zu beachten. Die Verantwortlichkeit der Auftragnehmer für die Erfüllung Ihrer sonstigen Arbeitsschutzpflichten (z.B. Gefährdungsbeurteilung nach Arbeitsschutzgesetz) wird durch die Maßnahmen des SiGe- Planes nicht berührt.

3.3 Überwachung der Einhaltung der Baustellenordnung

Der Sicherheitskoordinator und die Bauoberleitung sind in Zusammenarbeit mit den Fachbauleitern verantwortlich für die Wirksamkeitskontrolle der nach SiGe- Plan anzuwendenden Arbeitsschutzvorschriften.

Der Projektleiter der rnv und die Bauoberleitung sind bezüglich sämtlicher Sicherheitsmaßnahmen gegenüber allen Beteiligten und allen sich auf der Baustelle befindlichen Mitarbeitern weisungsbefugt.

Bei grober Missachtung der Unfallverhütungsvorschriften/Arbeitsschutzgesetze kann die sofortige Einstellung der Arbeit erfolgen.

Der Auftragnehmer wird dadurch nicht von seiner Aufsichtspflicht und Verantwortung entbunden. Die rnv überzeugt sich durch Vor-Ort-Kontrollen davon, ob der AN die Baustellenordnung einhält. Die Kontrollen werden von der Projektleitung, der Bauoberleitung und der Arbeitssicherheit der rnv durchgeführt. Hierzu hat der Auftragnehmer den rnv - Mitarbeitern jederzeit Zutritt zu sämtlichen Einrichtungen auf der Baustelle zu gewähren, Auskünfte zu erteilen und Einsicht in Unterlagen zu gestatten, soweit es die Kontrolle erfordert.

Werden Kontrollen von externen Stellen (z. B. Gewerbeaufsichtsamt oder Berufsgenossenschaft) durchgeführt, obliegt die Abstimmung über Art, Ort, Zeitpunkt und Teilnehmer der Begehung der Arbeitssicherheit der rnv.

3.4 Arbeitsanweisungen

Grundsätzlich sind alle Arbeitsanweisungen vom Auftraggeber oder seinen Vertretern (Bauoberleitung/Fachbauleiter/Bauüberwachung) an den Fachbauleiter des jeweiligen Auftragnehmers zu richten.

Außer bei Gefahr im Verzuge sind keine Arbeitsanweisungen an die Beschäftigten der Firmen zu richten.

Anordnungen von Dritten (Auftraggebervertreter) sind in Absprache mit der Projektleitung / Bauoberleitung zu treffen.

Sie sind berechtigt, die einzelnen Auftragnehmer auf sicherheitstechnische Mängel hinzuweisen und Fristen zur Mängelbehebung zu setzen.

Auf die Tragepflicht der persönlichen Schutzausrüstung (PSA) eines jeden Mitarbeiters wird hingewiesen.

3.5 Verhalten bei Unfällen

Bei einem Unfall ist die Bauoberleitung und der Projektleiter der rnv sofort zu informieren, außer zur Ersthilfe der Geschädigten dürfen keine Veränderungen am Unfallort vorgenommen werden, es sei denn, sie dienen der Abwendung weiteren Schadens.

Unfalluntersuchungen werden zwischen der Arbeitssicherheit der rnv und den jeweiligen Abteilungen koordiniert durchgeführt

Innerhalb der Arbeitsschutzorganisation des Auftragnehmers sind die Beschäftigten über das Verhalten im Gefahrfall zu unterweisen.

Die Vorgesetzten der Beteiligten haben vor Beginn der Bauarbeiten ihre Mitarbeiter mit den für sie zutreffenden Bestimmungen in der Landessprache vertraut zu machen. Die protokollierte Einweisung mit den Unterschriften der Unterwiesenen ist der Bauoberleitung und der Projektleitung vorzulegen und in der Bauakte abzuheften.

4 Lage der Baustelle

Die zu erneuernde Gleisanlage befindet sich westlich des Bahnhofs Heddesheim. Parallel zu der Strecke verläuft ein gemeinsamer Geh- und Radweg. Das Baufeld ist über den Bahnhof Heddesheim zu erreichen.

Die Baumaßnahme ist in zwei Teilabschnitte unterteilt. Teilabschnitt 1 beträgt ca. 510m, Teilabschnitt 2 ca. 445m.

Die Zufahrt zum Baufeld erfolgt aus Osten kommend über den Bahnhof Heddesheim. Die Zufahrt erfolgt über die Bahnhofstraße in Heddesheim und weiterführend über den bestehenden Geh- und Radweg, welcher parallel zu der zu erneuernden Strecke verläuft.

Weiterhin erfolgt die Zufahrt zum Baufeld aus Süden kommend über die L541 sowie den anliegenden Wirtschaftswegen bis zu den Bahnübergängen.

Zur Baustelle gehören außer dem Baugrundstück die angrenzenden Bereiche, welche durch den Baustellenbetrieb beeinträchtigt werden können.

5 Baustelleneinrichtung und -sicherung

Sicherungsmaßnahmen im Gleisbereich dürfen nur durch ausgebildete Sicherungsposten durchgeführt werden.

Beim Aufstellen von Containern, Maschinen und sonstigen Einrichtungsgegenständen sind die Vorschriften der Arbeitssicherheit und des Brandschutzes zu beachten.

Baumaschinen sind außerhalb der Arbeitszeit auf den Lagerplätzen abzustellen und gegen unbefugte Inbetriebnahme zu sichern.

Material, Maschinen und Geräte sind so abzustellen, dass der angrenzende Individual-Verkehr (IV) und ÖPNV nicht gefährdet werden; Material ist sicher zu lagern und vor unbefugtem Zugriff zu schützen. Die Sicherheitsabstände im Gleisbereich sind zwingend einzuhalten.

Es dürfen nur Geräte und Maschinen auf der Baustelle eingesetzt werden, die die vorgeschriebene Sicherheitsprüfung aufweisen.

Anlieferungsart, Standorte für Be- und Entladetätigkeiten sind mit der Projektleitung/Bauoberleitung abzustimmen.

Nach Abschluss sämtlicher Arbeiten ist die Baustelleneinrichtungsfläche zu räumen. Benutzte Flächen sind nach der Räumung in ihren ursprünglichen Zustand zu versetzen.

6 Sauberkeit und Hygiene

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die zugewiesenen Flächen in einem ordentlichen Zustand zu halten und Verunreinigungen unverzüglich zu beseitigen.

Sowohl die Baustelle als auch die Zuwege sind ständig von Schutt, Abfällen sowie Verunreinigungen jeder Art, die aus der Arbeit des Auftragnehmers herrühren, freizuhalten. Bei Zuwiderhandlung gehen anfallende Kosten für Entsorgung, Reinigung etc. zu Lasten des Auftragnehmers. Die rnv behält sich das Recht der regelmäßigen Kontrolle von Baustellen und Fremdfirmeneinrichtungen hinsichtlich Sauberkeit und Ordnung vor.

Unterkünfte und Sozialanlagen müssen den Anforderungen der Hygiene entsprechend vorgehalten werden.

7 Alkohol- und Drogenmissbrauch

Der Auftragnehmer muss Personen, bei denen begründeter Verdacht auf Alkohol- bzw. Drogeneinfluss besteht, unverzüglich von der Baustelle entfernen.

ENTWURF

8 Verkehrsführung und -sicherung

Die Einrichtung der Verkehrsführung erfolgt auf der Grundlage der genehmigten Verkehrszeichenpläne. Die Inbetriebnahme der verschiedenen Bauphasen ist erst nach Abnahme durch die für die Verkehrsführung zuständige Behörde bzw. der Bauüberwachung/Bauoberleitung zulässig.

Die Gefährdung des IV und ÖPNV muss zu jedem Zeitpunkt ausgeschlossen sein. Die Zufahrtswege für Rettungsfahrzeuge und Polizei sind freizuhalten.

9 Arbeitsvorbereitung bei Bagger- und Grabarbeiten

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich vor Beginn der Bauarbeiten über die unterirdische Lage von Ver- und Entsorgungsleitungen sowie von Kabeln zu unterrichten; die genaue Lage ist mittels Suchgräben von Hand zu ermitteln.

In Leitungsnähe ist nur Handschachtung erlaubt, die Leitungen sind grundsätzlich zu sichern.

Beim Verfüllen ist mit der gleichen Sorgfalt wie beim Aushub zu verfahren.

10 Kampfmittel

Der Projektleiter hat im Vorfeld der Baumaßnahme eine Untersuchung auf das Vorhandensein von Kampfmitteln im Bereich der Baustelle in Teilbereichen durchzuführen.

Das Vorhandensein von Bombenblindgängern kann nicht ausgeschlossen werden. Aus diesem Anlass ist im Zuge des Rückbaus eine baubegleitende Kampfmittelüberprüfung erforderlich.

Sollten im Zuge der Bauarbeiten dennoch Gegenstände aufgefunden werden, die auf Kampfmittelreste aus Kriegseinwirkungen schließen lassen, so sind die Arbeiten in diesem Bereich einzustellen und die Objektüberwachung bzw. örtliche Bauüberwachung ist unverzüglich zu informieren. Die verdächtigen Gegenstände dürfen weder freigelegt noch irgendwie behandelt oder transportiert werden.

Die betroffenen Flächen sind einzugrenzen und zu sichern.

Die weitere Vorgehensweise wird vom Kampfmittelbeseitigungsdienst festgelegt.

Die Arbeiten dürfen erst nach Beseitigung der Gefahr fortgesetzt werden.

11 Umweltschutz

11.1 Abfall

Die Entsorgung der Stoffe hat gemäß den gesetzlichen Bestimmungen, u. a. gemäß KrW-/AbfG, sowie aller abfallrechtlichen Bestimmungen zu entsprechen. Insbesondere sind auch die landesspezifischen und kommunalen Andienpflichten zu beachten.

Die fachgerechte Abfallbeseitigung ist Pflicht des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer fungiert als Abfallerzeuger. Er übernimmt die durch seine Tätigkeit anfallenden Abfälle in sein Eigentum- er wird Abfallbesitzer. Damit obliegen ihm alle abfallrechtlichen Verpflichtungen bezüglich der ordnungsgemäßen Entsorgung.

Der Entsorgungsweg muss vor der Entsorgung zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber abgestimmt werden. Bei nachweispflichtigen Abfällen erhält der Auftraggeber eine Kopie des Entsorgungs- Nachweises.

Zur Verbleibskontrolle erhält der Auftraggeber bei gefährlichen Abfällen eine Kopie aller Begleit- bzw. Übernahme- oder Wiegescheine.

Die durch die zuständigen Behörden erteilten Genehmigungen inklusive Annahmegrenzwerte des jeweiligen Entsorgungsbetriebes sind beizufügen. Ist der Entsorgungsbetrieb als Entsorgungsfachbetrieb zertifiziert, so ist eine entsprechende Kopie des aktuellen Zertifikates beizufügen. Ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb ist jedoch immer dem nicht zertifizierten Entsorgungsbetrieb vorzuziehen.

Abfallrechtliche Transportgenehmigungen und EFB- Zertifikate des Transporteurs bzw. des Entsorgungsfachbetriebes sind dem Angebot beizufügen.

Die erforderlichen Entsorgungsnachweise sind dem Auftraggeber vor Baubeginn vorzulegen. Übernahme- bzw. Begleitscheine sind von der örtlichen Bauüberwachung zu bestätigen.

Soweit aus Entsorgungsnachweisen der Endverbleib der Abfälle nicht ersichtlich ist, sind diese offen zu legen und zu dokumentieren

Begleitscheine-, Übernahme- und Wiegescheine sowie alle Entsorgungsnachweise, Zertifikate und alle erforderlichen Dokumentationen sind aktuell im Bauhandbuch zu führen.

11.2 Abfall

Der Auftragnehmer hat Abfälle getrennt zu halten (z.B. Bauschutt, Papier, Hausmüll usw.)

Sondermüll und Bauschutt sind getrennt zu lagern.

Abfälle sind unter Beachtung des Abfallgesetzes und der dazu erlassenen Rechtsverordnungen und sonstigen Vorschriften zu entsorgen.

11.3 Wasser / Abwasser

Bei sämtlichen Bauarbeiten sind die wasserrechtlichen Auflagen zu beachten, es dürfen keine wassergefährdenden Stoffe in die angrenzenden, unbefestigten Flächen eindringen.

Die Entnahme von Grundwasser ist nicht erlaubt.

11.4 Vermeidung von Emissionen

Die Baustelle befindet sich am außerhalb eines Wohngebietes; es ist daher für einen emissionsarmen Betrieb zu sorgen. Insbesondere Maschinenlärm und die Staubentwicklung bei Bau- und Reinigungsarbeiten. Es dürfen nur schallgedämmte Geräte zum Einsatz kommen.

12 Arbeiten mit gefährlichen Stoffen

(Gefahrstoffe, wassergefährdende Stoffe oder Zubereitungen und Arbeiten in gefährstoffbelasteten Bereichen.

Beim Umgang mit Gefahrstoffen sind vom Auftragnehmer die Vorschriften der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV), der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) und die entsprechenden Technischen Regeln (TRGS, TRGF) sowie des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (VAwS) einzuhalten. Sollten behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder Eignungsfeststellungen für Anlagen des Auftragnehmers erforderlich sein, so hat er diese in Abstimmung mit dem Umweltschutz und dem Sicherheitskoordinator entsprechend einzuholen. Der Auftragnehmer hat insbesondere die Regelungen zu Brand- und Explosionsschutz zu beachten sowie zu verhindern, dass gefährliche Stoffe in das Erdreich, in das Grundwasser oder das Abwassernetz (auch nicht zusammen mit Abwasser) gelangen.

Die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen ist nur in dafür zugelassenen Bereichen erlaubt. Erlaubnisse und Eignungsfeststellungen sind in Abstimmung mit dem Sicherheitskoordinator vor Anlieferung der Stoffe einzuholen. Insbesondere bei der Lagerung von gefährlichen Stoffen (in Fässern oder Kanistern etc. sowie beim Einsatz von Öltransformatoren sind entsprechend geeignete Auffangvorrichtungen zu verwenden, um ein Eindringen der Stoffe in das Erdreich zu verhindern.

Vor dem Einsatz derartiger Stoffe/Zubereitungen hat der Auftragnehmer dieses rechtzeitig unter Vorlage der entsprechenden Sicherheitsdatenblätter und Gefährdungsbeurteilungen dem AG mitzuteilen und die notwendigen Schutzmaßnahmen abzustimmen.

Arbeiten mit krebserzeugenden, erbgutverändernden oder fortpflanzungsgefährdeten Stoffen entsprechend Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) und TRGS 905:
Der Nachweis über die erforderliche Sachkunde, die sicherheitstechnische Ausstattung und fachlich geeignetes Personal ist auch der rnv gegenüber zu erbringen.

13 Elektrische Anlagen

Für die vorschriftsmäßige Herstellung der Anschlüsse, den VDE-gerechten Zustand der elektrischen Betriebsmittel, die sachgerechte Benutzung sonstiger elektrischer Einrichtungen sowie die richtige Auswahl von Kabeln und Leitungen und deren fachgerechte Verlegung ist der Auftragnehmer verantwortlich.

Mit Arbeiten an elektrischen Einrichtungen darf er nur ausgebildetes Fachpersonal beauftragen. Verteiler, Betriebsmittel und Kabel/Leitungen sind gegen unzulässige mechanische und thermische Einflüsse zu schützen.

14 Sonstiges

Für Arbeiten, bei denen Absturzgefahr bestehen kann, sind die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, z. B. Absperrungen aufzustellen oder Sicherheitsgeschirre zu verwenden

Es ist die Pflicht des AN zur Vorhaltung von Ersthelfern sowie Sicherstellung der Rettungskette.

Die Vorschriften zur Ladungssicherung sind zu beachten und einzuhalten.

Baustellenordnung der rnv GmbH

Mannheim, den **Datum**
in Kraft gesetzt durch

Projektleiter der rnv GmbH
Abt. **Abteilung**,

.....

und der –Bauoberleitung, **Ingenieurbüro**,
Name

.....

und **Name**Sicherheits- und Gesundheitsschutz-
Koordinator, **Ingenieurbüro**
Name

.....

Fachkraft für Arbeitssicherheit (gesehen)

.....

ANLAGE 1 Benennung der beteiligten und verantwortlichen Personen

Bauherr	Name, Abteilung, Firma
Projektleiter der rnv	Name, Abteilung, Firma
Bauoberleitung	Name, Abteilung, Firma
Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator	Name, Abteilung, Firma

Fachbauleitungen / Objektüberwachungen

Tief- und Straßenbau	Name, Abteilung, Firma
Gleisbau	Name, Abteilung, Firma
Fahrleitung	Name, Abteilung, Firma
Vermessung	Name, Abteilung, Firma

Fachverantwortliche

Gleisbau / Haltestellen	Name, Abteilung, Firma
Fahrleitung	Name, Abteilung, Firma
Elektrische Streckenausrüstung	Name, Abteilung, Firma
Lichtsignalanlagen	Name, Abteilung, Firma
Betriebsabwicklung	Name, Abteilung, Firma
Strom	Name, Abteilung, Firma
Beleuchtung	Name, Abteilung, Firma
Fernwärme / Wasser	Name, Abteilung, Firma
Verkehrseinrichtungen/Beleuchtung	Name, Abteilung, Firma
Baugrund	Name, Abteilung, Firma
Brückenbau	Name, Abteilung, Firma
Haltestellenbeleuchtung	Name, Abteilung, Firma
Planung Gleis- und Straßenbau	Name, Abteilung, Firma
Fahrleitung und Maste	Name, Abteilung, Firma

zu Anlage 1 Benennung der beteiligten und verantwortlichen Personen

Beleuchtung Name, Abteilung, Firma

Prov. Verkehrsführung Name, Abteilung, Firma

Fachbauleiter

Tief- und Straßenbau Name, Abteilung, Firma

Gleisbau Name, Abteilung, Firma

Fahrleitung Name, Abteilung, Firma

ENTWURF

ANLAGE 2 Arbeiten im Gleisbereich

1 Vorwort

Der Gesetzgeber verpflichtet den Bahnbetreiber durch Vorkehrungen dafür Sorge zu tragen, dass die Bahnbetriebssicherheit durch Maßnahmen Dritter nicht beeinträchtigt wird (BOStrab, § 7/9).

Daraus resultieren diese Richtlinien, die Hinweise für ein sicheres Arbeiten im Bereich von rnv Verkehr-Bahnanlagen sowie für einen ordnungsgemäßen und sicheren rnv - Verkehr-Bahnbetrieb bei Baustellen enthalten.

Sie beruhen auf den für Bauarbeiten im Bahnbereich geltenden Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien, Unfallverhütungsvorschriften (UVV) und anerkannten Regeln der Technik; sie sind insoweit verbindlich.

Außerdem wird auf immer wieder festgestellte Fehler bei Bauarbeiten im Bahnbereich hingewiesen.

Der Bahnbereich ist der Bereich, in dem Gefahren durch Schienenfahrzeuge, ortsfeste Bahnanlagen, Spannungen und Ströme von Oberleitungsanlagen oder von Rückleitungen auftreten können.

1 Allgemeines

Die rnv ist nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG), der Eisenbahnbetriebsordnung (EBO) und des allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) verpflichtet, den Straßenbetrieb sicher und ordnungsgemäß aufrecht zu erhalten.

Aus dieser Verpflichtung ergibt sich u. a., dass in keiner Phase von Bauarbeiten (d.h. bei der Errichtung einer Baustelle, Durchführung der Bauarbeiten, bei Beendigung einer Baustelle und beim Aufheben einer Baustelle) der Bahnbetrieb in seiner Sicherheit und seinem geordneten Betriebsablauf (Einhaltung der Fahrpläne etc.) beeinträchtigt werden darf.

Bei Nichteinhaltung dieser Gesetze und den darin aufgeführten Verordnungen, Vorschriften, Richtlinien und anerkannten Regeln der Technik bzw. bei unsachgemäßer Ausführung der Bauarbeiten ist daher die rnv verpflichtet, diese Arbeiten einstellen zu lassen, bis deren Einstellursache beseitigt ist.

Die rnv betreibt zum Zwecke der Betriebsabwicklung u. a., Oberleitungsanlagen sowie Kabelanlagen. Sie sind Bestandteil einer im öffentlichen Interesse dienenden Verkehrsanlage.

Der Auftragnehmer hat die auf dem Betriebsgelände der rnv geltenden Vorschriften zum sicheren Arbeiten im Gleis zu beachten und einzuhalten, z.B. BGI 834 „Sicheres Verhalten betriebsfremder Personen im Gleisbereich von Eisenbahnen“ und BGI 840 „Sicheres Verhalten betriebsfremder Personen im Gleisbereich von Straßenbahnen“. BGV D33 „Arbeiten im Bereich von Gleisen“ + BGV D30 „UVV Schienenbahnen“.